

Herr
Ottob
und
groß
mit
materi
könn
0493 an die
Zimmer
ohne
1. Okt
die Angeb
Zimmer
oder ohne
6490
effene,
Hel.
beaufst
neine
Druck
per 1. Okt
6476
zahlr. 2. par
nd ein ein
zu vermie
6477
Bühnung
Judebe
L. Zimmer
heit von ein
ald gefuch
u. 6411 Grp.
ung
Rühe mit Ju
ines Landbau
Stoffel, aber
wien gefuch
6432 a. d. B.
tes Zimmer
per 1. Oktob
6478
6433 part.
Zimmer
per 1. Oktob
6491
d. 31.
Kraut
he Ware zum
angehoffen
Karf. Verkau
1. Oktob
om . 6434
Pimberg
Stein.
Infanterie
breit 2 m hoch
6508
Kuchhart
Gängele 1
aherad
hne Verkau
er 6504 an
n Westen
rechen.
Juch nad G
kolton. 6503
brauchte
digne
6499
Meuter,
weier.
buer und
Souventen
haus zu ver
6494
seher,
Sabamat.
ung!
sperde zu den
n. Unfall u.
in werden so
geföhrt.
Chlin,
schwer,
elefon 237.
nftverein
rechen
Jungtiere
und Land.
Abstammung
g. Nachnahme
g. Säunen.
4990
Vorfinden
Landwirth, 48
einem Schue
fuch Daus
ländl. Daus
Angebote unt.
P.
urg.

Bezugspreis:
Monatlich 30 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.,
nach den Briefträger 2,62 Mk., bei der
Post abgeholt 2,40 Mk.

Frei-Beilagen:
1. Sommer- und Winterkalendar.
2. Wandkalender mit Wetterverzeichniss.
3. Monatsplaner Landwirt.

Freisprech-Anschlag Nr. 8.
Erscheint täglich
außer an Sonn- und Feiertagen.

Maffauer Botte

Anzeigenpreis:
Die nebenstehende Zeile 20 Pfg. Geschäfts-
anzeigen, Wohnungs-, Klein- und Stellen-
anzeigen aus dem engsten Verbreitungsgebiet
15 Pfg. Reklamen 40 Pfg.

Anzeigen-Nachnahme:
Stillschaltung bis 5 Uhr am Vorabend.
Nach 5 Uhr nur bei Wiederholungen und
pünktlicher Bezahlung.

Geschäftsstelle: Diezerstraße 17.
Postfachkonto 12362 Frankfurt.

Verantwortlich: Dr. Albert Eber. — Notationsdruck u. Verlag der Limburger Vereinsdruckerei, G. m. b. H. : J. Becker, Director, alle in Limburg.

Nr. 228. Limburg a. d. Lahn, Montag, den 1. Oktober 1917. 48. Jahrgang.

Erneute deutsche Luftangriffe auf London.

**Erneute erfolgreiche Flieger-
angriffe auf Südostengland**
sowie auf die
Docks von London.
Deutsche Tagesberichte.

W. Großes Hauptquartier, 29. Sept.
(Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen Küste zwischen Houthoul-
ter-Bald und Lys wechselte die Kampfaktivität der
Artillerie in ihrer Stärke. Kräftigem Trommel-
feuer in den Abendstunden folgte den Morgen
wurde bei Vellebeke englische Teilstruppen; sie
wurden abgewiesen.
Am Bente Wyver-Bahndamm wurde der Feind
aus den Trichterlinien, die er dort noch hielt, ge-
worfen.
Im Ueberschwemmungsgebiet der Yser brach-
ten unsere Erkunder von Zusammenstößen mit
Belgier Gefangene zurück.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordöstlich von Soissons und vor Verdun ver-
stärkte sich der Feuerkampf zeitweilig beträchtlich;
er blieb an der Maas auch nachts lebhaft. Mehrere
Befeldgräben, die unsere Sturmtruppen in die
französischen Stellungen führten, hatten guten Er-
folg.

**Heeresgruppe Herzog Albrecht von
Württemberg.**

Bei Eifel im Sandgau blieben bei einem fran-
zösischen Vorstoß einige Gefangene in unserer
Hand.
London und mehrere Orte der englischen Süd-
küste wurden von unseren Fliegern mit Bomben
angegriffen.

Westlicher Kriegsschauplatz:
Front des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Die meist geringe Gefechtsaktivität steigerte sich
nur vorübergehend bei Erkundungsunternehmen
nördlich der Düna, östlich von Luz und am
Jönköping.

**Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Mackensen**

Russische Abteilungen, die in Räumen über den
Berith und den St. George-Arm der Donau ge-
setzt waren, wurden durch schnellen Gegenstoß ver-
trieben.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.
Der 1. Generalquartiermeister.
Ludendorff.

W. Großes Hauptquartier, 30. Sept.
(Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bei ungünstiger Sicht blieb bei allen Armeen die
Gefechtsaktivität geringer als an den Vortagen.
In Flandern war der Artilleriekampf an der
Küste und von der Yser bis zum Kanal Comines-
Noyon hart. Vorhandene englische Erkundungs-
abteilungen wurden an mehreren Stellen abge-
wiesen.
Vor Verdun war von vorübergehender Feuer-
steigerung abgesehen, die Kampfaktivität mäßig.
Unsere Flieger griffen erneut die Docks und
Speicher in London, sowie in Ramsgate, Cherms
und Margate an. Wirkung der Bomben erkenn-
bar. Die Flugzeuge sind sämtlich unbeschädigt zu-
rückgekehrt.

Westlicher Kriegsschauplatz:
Keine größeren Gefechtsabteilungen.
Mazedonische Front.

Zwischen Ochrida-See und Gerna war das
Feuer lebhafter als sonst.
Der 1. Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

W. Berlin, 30. Sept. (Amtlich.)
Keine wesentlichen Ereignisse.

Ein ital. Luftschiff vernichtet.
Wiener Tagesberichte.

W. Wien, 29. Sept. (Amtlich) wird ver-
lautbart:
Westlicher Kriegsschauplatz und
Albanien:
Unverändert.
Italienischer Kriegsschauplatz.
Am Nordhang des Monte San Gabriele
lebte die Kampfaktivität beträchtlich auf. Am
Chiese in den Indurien wurden Angriffe
der Italiener durch unsere Sicherungsgruppen zu-
rückgeworfen.
Der Chef des Generalstabes.

Ereignisse zur See.

In Erwiderung eines Angriffes, den ein feind-
liches Luftschiff am 18. September abends gegen
Luffin Piccolo unternommen hatte, ohne auch nur
den geringsten Schaden anzurichten, suchte am 24.
September abends eine Abteilung unserer See-
flugsgruppe die Luftschiffanlagen von Resi bei
Ancona auf, die schon im September 1916 mit
einem in der Halle vertankten Luftschiff durch un-
sere Seeflieger zerstört, zum Gegenstand wieder
in Betrieb gesetzt worden ist. Auch diesmal war
unseren Fliegern ein voller Erfolg beschieden.
Die Luftschiffhalle wurde getroffen. Das
in der Halle befindliche Luftschiff explodierte mit
einer 150 Meter hohen Stichflamme. Die Expla-
sion wurde von den anderen Flugzeugen bis auf
20 Seemeilen Entfernung wahrgenommen. Alle
unsere Flugzeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt.
Einem zu gleicher Zeit von einigen feindlichen
Flugzeugen unternommenen Angriff auf die Um-
gebung von Pola und auf Varenzo blieb jeder-
seits Erfolg verweigert. Am 28. September vermit-
telte ein feindliches Luftschiff in der Süd-
adria einen unserer Seeflieger, das mit allen
vorgezeichneten Kennzeichen als solches versehen
war, wirkungslos mit Bomben.
Flottenkommando.

W. Wien, 30. Sept. (Amtlich) wird verlaut-
bart:

**Westlicher Kriegsschauplatz
und Albanien.**

Unverändert.
Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Südtail der Hochfläche von Bainsizza-Ge-
biet und der Monte San Gabriele wurden
gestern wieder zum Schauplatz erbitterter Kämpfe.
Die Italiener drangen nirgends vor.
Der Chef des Generalstabes.

Seekampf an der flandrischen Küste.

Neue Erfolge der U-Boote.

W. Berlin, 30. Sept. (Amtlich.) 1. Am 28.
September früh liefen einige unserer Torpedo-
boote nach einer Patrouillenfahrt vor der flandri-
schen Küste auf eine überlegene Zahl feindlicher
Zerstörer, die unter Feuer genommen wurden.
Im Verlaufe des Gefechtes wurde auf einem der
Zerstörer eine starke Detonation beobachtet. Unsere
Boote erlitten keine Beschädigungen oder Verluste.
2. Neue U-Booterfolge im Kermellanal und Al-
lantischen Ozean: 4 Dampfer, 8 Segler, 1 Fischer-
fahrzeug, darunter der bewaffnete englische Damp-
fer „Jeda“ mit 3300 Tonnen Kohle, der bewaffnete
französische Dampfer „St. Jacques“ mit 4000 Ton-
nen Kohle, ferner die englischen Segler „Ezel“,
„Laura“, „Wih. Kola“, „Maru“, „Mary Ore“,
„Water“, „Vily“, „Jane Williamson“ und „Wil-
liams“, sowie das englische Fischerfahrzeug „Kola
Groß“. Von den versenkten acht englischen Seg-
lern hatten zwei Torpede, die übrigen Kohle ge-
laden.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

**Eine Erklärung der Zentrumsfraktion
des Reichstages.**

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschloß
folgende Erklärung: 1. Die Behauptung, daß die
Abgeordneten Behrenbach und Erzberger
gegen den Beschluß des Reichstagesabstimmunges der Zen-
trumsfraktion vom 25. Juli 1917 zu Frankfurt ge-
stimmt haben, ist freie Erfindung. Der Ab-
geordnete Erzberger konnte aus zwingenden Grün-
den am Tage der Abstimmung nicht mehr antweten
sein, ist aber mit dem Frankfurter Beschluß voll-
kommen einverstanden. Der Abgeordnete Behren-
bach hat nicht nur für diesen Beschluß gestimmt,
sondern in hervorragender Weise an dem Zustande-
kommen desselben mitgewirkt.
2. Sämtliche in Frankfurt antweten Reichs-
tagsabgeordneten der Zentrumsfraktion, welche
am 19. Juli für die Friedensfundgebung des
Reichstages gestimmt haben, haben dem Beschluß
des Reichstagesabstimmunges zugestimmt, da sie in diesem
keinen Gegensatz zu ihrem Standpunkt, sondern
nur die Hervorhebung eines in der Friedensfund-
gebung des Reichstages als selbstverständlich vor-
ausgesetzten Kriegszustandes erblickten.
3. Es ist sehr bedauerlich, daß von einzelnen
Parteiangehörigen in einigen Vorkommnissen ein
über die sachliche Kritik hinausgehender persön-
licher Kampf gegen Fraktionsmitglieder ge-
führt wird. Dadurch wird die Einigkeit der Par-
tei, die nie so nötig war wie in diesen schweren
Zeiten, im höchsten Maße gefährdet.
Der Kaiser als Kriegsanleihebezeichner.

Wie uns vor zuständiger Stelle mitgeteilt wird,
hat sich der Kaiser an allen früheren Kriegsan-
leihen so auch an der 7. Kriegsanleihe mit beheu-
tenden Kapitalien beteiligt. Bei dieser Gelegen-
heit sei auch erneut hervorgehoben, daß sowohl

der Kaiser wie die Kaiserin eine große Anzahl
wertvoller Gold- u. Schmucksachen der Reichsbank
zur Verfügung gestellt haben, mit der Bestim-
mung, sie zur Abkürzung unserer Auslandsver-
pflichtung zu verkaufen.

Entschliessungen des Hauptauschusses.

W. Berlin, 30. Sept. Der Hauptauschuss
des Reichstages nahm gestern folgende Entschlie-
sungen an: 1. Mit Beschleunigung tunlichst die
Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus dem
Seeresdienst herbeizuführen. 2. Wohnnahmen zu
ergreifen, daß dort, wo Vater und Söhne an der
Front stehen, der Vater auf Verlangen aus der
Feuerlinie zurückgezogen wird. 3. Mannschaften
und Unteroffiziere während der Kriegsdauer in
regelmäßigen Zeitabständen Urlaub zu gewähren.
Ferner wurde einstimmig ein sozialdemo-
kratischer Antrag angenommen, der den Reichs-
kongress ersucht, eine anderweitige Festlegung der
Lohnung der Mannschaften und Unteroffiziere her-
beizuführen, und zwar nach folgenden Richtlinien:
a) Unteroffiziere erhalten nach einer als Unter-
offizier geleisteten Kriegsdienstzeit von 12 Mona-
ten eine Erhöhung der Löhnung von 20
Prozent; b) Gefreite und Gemeine nach einer
Kriegsdienstzeit von einem Jahr 20 Prozent, nach
einer Kriegsdienstzeit von zwei Jahren 40 Prozent
und nach einer Kriegsdienstzeit von drei Jahren
50 Prozent Erhöhung der für sie zuständigen Löh-
nung. c) Besondere Zulagen, die für bestimmte
Funktionen bezahlt werden, dürfen auf diese Er-
höhung nicht angerechnet werden. Schließlich
wurde einstimmig eine Entschliessung angenom-
men, die Familienunterstützung der Frauen von
20 auf 30 Mark, für Kinder von 10 auf 15 Mark
zu erhöhen. Unterstaatssekretär Dr. Wallraf hatte
erklärt, daß die Unterstützungen als Ganzes eine
Erhöhung erfahren müßten. Die Verhandlungen
über den einzuschlagenden Weg schweben noch, doch
werde die Erhöhung zeitig genug vor dem Ein-
tritt des Winters, spätestens am 1. November ein-
treten.

**Der Hauptauschuss des Reichstages beriet vor-
stern soziale Fragen.** Auf die Ausführun-
gen eines sozialdemokratischen Redners erwiderte
der Vertreter des Kriegsministeriums, die Militär-
verwaltung wäre gerne bereit, die Jahrgänge 1869
und 1870 zu entlassen, wenn es militärisch möglich
wäre. Jedes wären angeht der Größe der be-
legten Gebiete und der weiten Ausdehnung der
Fronten die älteren Jahrgänge zur Erwachung
notwendig. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der
Frage der Verurlaubung und der Zurückziehung
von Vätern aus der vordersten Linie. Kriegsmini-
ster v. Stein fügte hinzu, der Prozentfuß der zur
Verurlaubung bestimmten Mannschaften werde von
dem Armeekommandanten mit dem größten
Wohlwollen bestimmt, aber die militärischen Be-
dürfnisse seien ausschlaggebend. Den strengen
Arrest könne man nicht ganz entbehren, da Mög-
liche auch im Interesse ihrer Kameraden ent-
sprechend bestraft werden müßten, er werde indes
prüfen, ob Fälle, die bisher nur mit strengem
Arrest bedroht waren, auch zur Verhängung einer
milderen Strafe zugelassen werden könne.

Der Kaiser in der Bukowina.

W. Berlin, 30. Sept. (Amtlich.) Den vor-
letzten Tag seiner Reise durch Rumänien und die
Bukowina besuchte Seine Majestät das deutsche
Korpskommando südlich Czernowitz. In Beglei-
tung des Kaisers befanden sich der Heeresgruppen-
führer Erzberger, General v. Seck und der General
v. Kober, Führer einer österreichischen Armee.
Am 28. September hat der Kaiser die Rückreise
von Colomea aus angetreten.

Alth-Löhringens Zukunft.

Aus Ströburg meldet die „B. R. am Mittag“:
In der nächsten Woche dürfte eine Besprechung der
elbisch-löhringischen Reichstagsabgeordneten
mit Reichskanzler Dr. Michaelis über die
zukünftige Gestaltung Alth-Löhringens stattfin-
den. Schon im letzten Abschnitt der Session waren
die betreffenden Abgeordneten bei dem Reichskanz-
ler. Damals aber verlief die Zusammenkunft er-
gebnislos.

Unruhen in Neapel.

Karlruhe, 30. Sept. Aus Rom wird gemel-
det, daß es in Neapel am Mittwochabend im An-
schluß an Demonstrationen zu Unruhen gekommen
ist, die am Donnerstagabend noch andauern.
Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Die Freiheit der Meere.

Legano, 30. Sept. Gegenüber gewissen Ber-
suden, die von Deutschland angenommene Forde-
rung der Vopnote auf Freiheit der Meere
als unannehmbar hinstellen, stellt der vatika-
nische „Observatore Romano“ fest, daß diese Forde-
rung bereits von Wilson erhoben worden sei und
konkret das Recht aller Länder auf freien Ausgange

zum Meere mit Sicherheit des Seehandels vor
Kriegsüberfällen bedeute.

Polen Regentenschaftsrat.

W. Wien, 30. Sept. Die polnische Presse-
agentur meldet aus Warschau: Die Verhandlungen
zwischen den Befehlungsbehörden, dem Regent-
schaftsrat und den polnischen Politikern sind so-
weit gediehen, daß die offizielle Bestätigung der
Mitglieder des Regentchaftsrates durch die Be-
fehlungsbefugnisse bald erfolgen dürfte. Nach polni-
schen Meldungen wird der Regentchaftsrat zwei
Mitglieder ernennen, ein Schreiben an die beiden
Monarchen und ein Manifest an die polnische
Nation. Das Manifest soll in entschieden aktivi-
stischem Geiste gehalten werden. In polnischen
Kreisen verlautet, daß im Zusammenhang mit der
Einsetzung der Regierung eine politische Amnestie
in Polen geplant wird.

Eine Unterredung mit Tirpitz.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Inter-
view des Berliner Korrespondenten des „Neuen
Vester Journal“ mit dem Staatssekretär a. D.
Großadmiral von Tirpitz. Wir entnehmen dieser
Ansprache folgendes: Auf die Frage, wodurch
dann die wirtschaftliche Freiheit der offenen See ge-
währleistet wird, erwiderte Tirpitz: Ich kenne
keine einzige See, die nicht von einem Lande be-
steht, das wir England als Beispiel zur See be-
sitzen. Das läßt sich aber wiederum nur erreichen
durch eine Wirtschaftspolitik zur See, die die
Oberhoheit Englands über die Meere prak-
tisch verhindert. Vor allem darf Belgien nicht
wieder zu englischem Operationsgebiet werden.
Die belgische Frage kann verschieden gelöst werden.
Die Hauptsache muß sein, daß wir — und nicht
England — die Schuttherrschaft über Belgien be-
halten. Der Großadmiral führte dann noch weiter
aus: Es empfiehlt sich nicht, den Moment des eng-
lischen Zusammenbruchs zu prophezeien, aber die
Entscheidung steht. Amerikas militärische Hilfe
ist und bleibt ein Phantom, da jede Möglichkeit, ein
größeres amerikanisches Meer nach dem Kontinent
zu schaffen, an der Transatlantische scheitert.
In Italien und Frankreich gärt es bereits. Der
beste Beweis, wie es um England steht, ist die
Lafsch, daß es jetzt flüchtig ausstrahlt, um nach
die Sache einem Schiedsgericht zu unterwerfen,
unter günstigeren Verhältnissen zu verhandeln.
Wenn wir jetzt Nerven behalten, wird der
Sieg erreicht. Auf die Frage nach der Mög-
lichkeit einer Rüstungsbeschränkung zur See er-
widerte der Großadmiral: Ich habe keine Zeit,
als Churchill mit diesem Vorschlag machte, be-
reitswillig zugestimmt. Aber England war es,
das über diesen Punkt nichts mehr von sich hören
ließ. Jede Abkürzung zur See wird an der eng-
lischen Abkürzung scheitern. Wer von England ein-
was anders erhofft, gibt sich leeren Illusionen hin.
Der Besucher fragte nach: Könnte man schließlich
beim Friedensschluß fordern, daß Englands wider-
rechtlich angegriffene Stützpunkte zur See, wie
Gibraltar, der Suezkanal usw. internationalisiert
werden? Verlangen könnte man es schon, meinte
der Großadmiral lächelnd, aber der Erfolg würde
kaum ein erheblicher sein. Ohne auf die Anie-
gerungen zu sein, wird England kein Atom seiner
Seeherrschaft preisgeben.

Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl.

W. Berlin, 30. Sept. Der Kaiser traf auf
der Rückreise von seiner Fahrt durch Rumänien,
Sachsenburg, die belagerte Bukowina und Gal-
izien auf der österreichischen Grenzstation Tjediß
mit Kaiser Karl zusammen, in dessen Begleitung
sich u. a. auch der Generalfeldmarschall v. Arz und
der deutsche Bevollmächtigte, General v. Cramon
befanden. Kaiser Karl begleitete den Kaiser bis
Oberberg. Beide Majestäten sprachen sich äußerst
befriedigt über dieses Zusammentreffen aus, eine
neue Gelegenheit, die volle Uebereinstimmung
ihrer politischen und militärischen Ansichten festzu-
stellen.

Die erfundene deutsche Note.

Berlin, 29. Sept. (W.) Nachdem die fran-
zösische Presse mehrere Tage über die angebliche
deutsche Verbalnote bezüglich Belgiens in allen
Tonarten geschimpft hatte, mußte sie heute das
Dementi des belgischen Bureaus veröffentlichen,
daß die Note nie existiert hat. Die Presse weiß
nicht, wie sie sich aus der dadurch geschaffenen
schiefen Lage ziehen soll: sie verfuhr sich mit dem
üblichen Trick, daß es sich um ein deutsches Ra-
diogramm handle, zu helfen. Zunächst kündigt die
Radio-Agentur, die die Note in der französischen
Presse verbreitet hatte, an, sie habe eine Unter-
suchung eingeleitet. „Petit Parisien“ erklärt, daß
Dementi sei unerlässlich, wahrscheinlich habe die
deutsche Militärpartei nachdrücklich gegen die
grundfalsche Behauptung protestiert, die trotz
aller Einschränkung und Vorbehalte Deutschland
allzu sehr zu binden scheine. Der „Temps“ er-
klärt, wahrscheinlich habe die deutsche Regierung
in ihrer Enttäuschung über die schlechte Aufnahme
der Verbalnote den Ausweg gefunden, durch ein
offizielles Dementi alle Spuren zu vernichten.
Ähnlich äußert sich der „Matin“, der hinzusetzt,
eigentlich könne nur der Kaiser eine vollkommene
Aufklärung geben. Der „Matin“ weist darauf
hin, daß die Note mit den Ausführungen der
„Belgischen Landeszeitung“ vollkommen überein-
stimme.

Graf Hertling über die politische Lage.

München, 29. Sept. Die Sitzung der bayerischen Reichsratskammer eröffnete Graf Hertling mit Worten warmen Dankes für die glänzenden Leistungen der Kammer. Er betonte auf den festeren Geist, der Deutschland stark und groß gemacht habe und bezeichnete in Bezug auf die Frage der Reform der bayerischen Reichsratskammer eine vernünftige fortschrittliche Erweiterung der Kammer als durchaus vereinbar mit den Grundgedanken der konservativen Politik. Sodann gab Ministerpräsident Graf Hertling seine bereits kurz gemeldeten Erklärungen über die politische Lage ab. Einleitend wies der Ministerpräsident darauf hin, daß seit der letzten Tagung die Vereinigten Staaten von Nordamerika in die Reihe unserer Gegner eingetreten sind. Die hierdurch bei unseren Feinden mächtig angeregten Strebungen erfüllen sich aber nicht und werden sich, wie wir zuverlässig erwarten, auch in Zukunft nicht erfüllen. Wir unterstützen den Kampf der feindlichen Kräfte nicht, aber die bisherigen Ergebnisse sprechen für uns. Aber es gibt dann einen Ueberblick über die militärische Lage. Mit Recht dürfen wir voll Zuversicht auf die Leistungen unserer und der verbündeten Armeen haben, denen allen unter heiter und unauslöschlicher Dank gelte. Dabei würden sich die Bayern mit freudigem Stolz des Anfalls erinnern, den das engere Vaterland in den Namen des Kronprinzen Rupprecht und des Prinzen Leopold verkörpert habe. Aber auch die Opfer waren wieder groß und schwerlich. Das Vaterland werde seinen Dank nicht bloß in Worten abtragen. Sodann erwähnte der Ministerpräsident das Friedensangebot der Mittelmächte vom vorigen Dezember, das nach der schiedlichen Übermittlung unserer Feinde darauf nicht wiederholt werden konnte. Selbstverständlich sei aber der hochherzige Friedensappell des Papstes bei den Mittelmächten nicht nur mit der schuldigen Ehrerbietung, sondern auch mit aufrichtiger Freude und lebhaftem Danke begrüßt worden. Aber gegenüber der noch immer zur Schau getragenen, mit den wirklichen Verhältnissen nicht im Einklang stehenden Siegeszuversicht der Feinde mußte sich die Antwort der Mittelmächte auf eine grundsätzliche Erklärung der allgemeinen Fragen beschränken. Die Aufnahme des vollständigen Schieds bei den feindlichen Mächten ist eine wenig erfreuliche, wie dies die Note Wilsons zeigt, der das nachteilige Verhalten bekundet, möglichst viele Neutrale zum Eintritt in den Krieg zu drängen, und was dies nicht gelingt, sie ihr Verhalten in der Neutralität so schwer als möglich hüben zu lassen. Die einzelnen Punkte der Wilsonschen Note — über die Freiheit der Meere und die Ablehnung des Wirtschaftskrieges — werden aber weit überwogen durch die Säufung von Schmachungen und Verleumdungen gegen die kaiserliche deutsche Regierung und durch das Bestreben, Unfrieden zwischen ihr und dem deutschen Volk zu stiften. Dinge, die unseren schärfsten Protest herausfordern. Und gleich anmaßend sind auch die Worte, nach denen Wilson schon den Eintritt in Friedensverhandlungen mit der gegenwärtigen deutschen Regierungsgewalt ablehnt. Man weiß nicht, was in diesen Behauptungen für eine Unwissenheit oder seine Annahme. Es gibt in Deutschland keine autoritative Regierung. Überall im Lande wie in den Bundesstaaten ist der oberste Träger der Staatsgewalt an die verantwortungsvolle Mitwirkung der Volkvertretung gebunden. Der deutsche Reichstag geht, wie sein anderes Parlament der Welt, aus der freien Wahl des Volkes hervor. Darum gibt es auch bei uns keine die Regierung bindende Verträge, von denen das Volk keine Kenntnis hätte. Die deutschen Monarchen sind als geschäftliche Wesen seit Jahrhunderten mit dem Leben der Völker verflochten. Der Fürst ist hinausgegangen über Geographie der wirtschaftlichen Interessen und politischen Parteien. Das Ziel seines Strebens kann nur das Wohl des Ganzen sein. Graf Hertling schloß seine Rede mit Worten der Zuversicht und des Vertrauens auf Gott, die tapferen Truppen und das deutsche Volk.

Die Luftangriffe auf England.

Kopenhagen, 28. Sept. Telegraphen-Union. Der Londoner Berichterstatter von Politikern bezeichnet den Luftangriff auf England vom 23. September als einen der größten, die bisher stattgefunden haben. Die Deutschen benutzten die letzten monatelangen Nächte. Durch Störbomben der Luftabwehrtruppen wurde der Schlaf erschüttert. Hunderte von Geschützen fielen Feuer gegen die Angreifer. Die Luft war von surrenden Flugzeugen erfüllt. Das Dröhnen der Kanonen und der laut explodierenden Angeln mischte sich mit dem Rauschen sehr bedeutender Bombenexplosionen. Infolge der Vorhitz des Publikums wurden nur sechs Menschen getötet und unzählig verwundet. Auch der Londoner Berichterstatter der Weltzeitung nennt den Luftangriff zweifellos einen der ernstesten und gewaltigsten, die London bisher erlebt hat. Das Weiter war den Fliegern offenbar günstig. Der Angriff dauerte über eine Stunde und das Werfen von Bomben war zeitweise sehr intensiv. Die feindlichen Flieger waren offenbar sehr hoch, da niemand sie gesehen hat, obwohl man deutlich die englischen Flugzeuge sah, die mit Schweißperlen ausgetrieben waren. Der Angriff rief wiederum den Wunsch hervor, englische Fliegergeschwader sollten gegen deutsche Driftschiffe vorgehen.

Unruhen in Liverpool.

Ein kürzlich aus England zurückgekehrter Kolonialist hielt sich Mitte August dieses Jahres in Liverpool auf und war dort Zeuge erster Arbeiterunruhen. Die Arbeitervereinigungen hatten einen einseitigen allgemeinen Streik beschlossen, weil die Arbeiter zu einer 30-prozentigen Lohnsteigerung für die englische Kriegsanleihe verpflichtet worden waren. Außerdem waren die Arbeiter mit der Ernährung unzufrieden. Durch Vermittlung der Liverpooler städtischen Behörde machten die Arbeitervereinigungen ihren Streikbeschluss rückgängig. Diese Entscheidung der Arbeitervereinigungen wurde jedoch nur von einem geringen Teil der Arbeiter befolgt, die große Mehrheit streikte u. d. durch, von Frauen und Kindern begleitet. Liverpool. Viele Geschäfte wurden demoliert; die Polizei konnte die Ordnung nicht wiederherstellen, so daß Militär eingezogen werden mußte. Die Unruhen dauerten 26 Stunden.

Englische Spione in Schweden.

Berlin, 29. Sept. Schwedische Nachrichten melden am 19. September: Das Stadtgericht in Stockholm verurteilte am 18. September wegen Verstoßes gegen die Sicherheit des schwedischen Reiches den Angeklagten Kaufmann J. M. S. Dahl und den Studenten A. G. R. Gyllencreutz zu drei bzw. zweieinhalb Jahren Strafhaft. Die Angeklagten räumten ein, der engl. Gefandtschaft in Stockholm photographische Skizzen von gewissen Befestigungswerken zum Kauf angeboten zu haben, obgleich sie von der Schädlichkeit dieser Handlungsweise für das Reich Kenntnis hatten. Die Stockholmer engl. Gefandtschaft verweigert, wie gewöhnlich, ihre Spione.

Deutschenheben und Ränbergsgeschichten.

Amsterdam, 30. Sept. Reuter meldet aus New York: Die Polizei hielt gestern in fünf Stadtteilen u. in den Außenvierteln von New York u. Long Island eine Razzia auf Deutsche ab. Es wurden hundert Deutsche festgenommen und zum Hauptpolizeibureau gebracht unter der Bekuldigung, die Verhaftungen übertrieben zu haben. Die Polizei nahm Koffer und Koffer, die im Besitz der Verhafteten gefunden wurden, in Beschlag. Wie verlautet, enthalten sie wichtige Dokumente. Ein Apparat, durch den Maschinen bedient werden können, wurde im Besitz eines Gefangenen gefunden.

Die wankende Sechserherrschaft Englands.

Berlin, 30. Sept. Nach den letzten Meldungen von der Saloniki-Front herrscht dort allgemein der Eindruck, daß es aus und vorbei mit der englischen Sechserherrschaft sei. Lord Georges großsprecherische Reden sollten offenbar nur zur Verhütung des eigenen Landes und zur Verhütung der Neutralen dienen. Es ist allgemein üblich, daß diejenigen Entente-Mächte, die nicht von Griechenland aus der Pforte entlastet werden können, sondern in die Heimat verzögert, da sie die so bedeutend gesteigerte Gefahr, torpediert zu werden fürchten.

U-Bootwirkung im Mittelmeer.

Berlin, 30. Sept. Die von den Deutschen an der Saloniki-Front gefangenen Entente-Soldaten lassen in ihren Äußerungen von Woche zu Woche stärker die katastrophale Wirkung des U-Bootkrieges im Mittelmeer erkennen. Für die kurze Reise von Toulon nach Saloniki, die früher drei Tage dauerte, brauchen die Dampfer jetzt etwa 16 Tage, da sie trotz der Begleitung durch U-Boote, Torpedoboote und sonstige Kriegsschiffe unterwegs in allen Häfen liegen und Ausmuster über die deutschen U-Boote abwarten müssen. Technisch gesehen bedeutet eine derartige zögernde Verlangsamung aller Fahrten genau daselbe wie den Verlust von Tonnage durch Versenkung.

Nauchentwidelung zur Abwehr der Landboote. Berlin, 28. Sept. Reuter verbreitet auf Veranlassung englischer Marinebehörden die Nachricht, daß durch die Verwendung von Mitteln zur Nauchentwidelung und Nebelzerstreuung eine Verminderung der Verluste durch den U-Bootkrieg zu erwarten sei. Wenn die Nebelzerstreuung wüßte, was wir wissen, so würde nach Reuter in der Neutralität gelagt, so würde sie sich nicht im geringsten beunruhigen. Durch die Verwendung des Nauchs und Nebelzerstreuers zur Verteidigung gegen U-Boote seien Tausende von Schiffen gerettet worden. Das System, sei nun einige Monate erprobt und jetzt sei der größte Teil der englischen Handelschiffe damit ausgerüstet.

Den Kommandanten unserer U-Boote ist das System natürlich nicht unbekannt. Es beeinträchtigt ihre erfolgreiche Tätigkeit bisher in keiner Weise. Nur in einem einzigen Falle konnte sich ein Dampfer bisher durch die Erzeugung des künstlichen Nebels und Nebelzerstreuers entziehen. Gegen die Wirksamkeit der Nebelzerstreuung und der Nauchzerstreuung sprechen auch die Zusammenstellungen der britischen Admiralität. Ihnen zufolge wurden von unseren U-Booten erfolgreich angegriffen: im Juni 105 englische Schiffe, im Juli 150 und im August 49. Gelegentlich der Wochenansicht der „Times“, äußert sich der Marineberichterstatter der „Times“, daß die Zahl der erfolglos angegriffenen Schiffe ständig abnehme. Noch am 12. September schließt die genannte Zeitung ihre Betrachtung über die Notwendigkeit genauer Angaben über den U-Bootkrieg mit den Worten, daß gegenwärtig keine Angaben vorhanden seien, die irgend jemand Gründe geben könnten für die Annahme, daß man auf dem besten Wege sei, der U-Bootgefahr wirksam Herr zu werden. Eine Reihe Stimmen aus anderen englischen Zeitungen kommen zu dem gleichen Ergebnis über die U-Bootgefahr und ihre Bekämpfung. Die Lloyd George's so hat also auch die britische Admiralität fortgesetzt das Unglück, durch eigene frühere Auslassungen und durch Behauptungen Wohlunterrichteter im eigenen Lande widerlegt zu werden.

Deutschland.

Vorstandssitzung des Reichsverbandes Deutscher Städte.

Am 23. und 24. September tagte im Berliner Rathaus der Vorstand des Reichsverbandes Deutscher Städte, dem 3. St. 570 kleine und mittlere Städte mit 6 Millionen Einwohnern angehören. Nach Ablegung eines Ernährungs-Telegramms gegen die Wilson-Rote an den Deutschen Kaiser wurde eine Aufforderung an die Mitgliederstädte zu eifriger Beteiligung bei der Zeichnung für die 7. Kriegsanleihe beschlossen. Es wurde sodann ein Organisationsausschuß u. ein Ausschuss zur Beratung der Regelung der Gemeindefinanzen nach dem Kriege eingesetzt. Eine erneute Eingabe soll an den Reichstag in der Frage der Revision des Grundsteuergesetzes abgelehnt werden. Im Anschluß an die Vorstandssitzung, in der noch eine Reihe weiterer wichtiger Fragen behandelt wurden, fanden Besprechungen des Vorstandes mit dem persönlich erschienenen Reichskommissar für Elektrizität und Gas, mit einem Vertreter des Reichskommissars für die Kohlenversorgung und mit zwei Vertretern der Seifen-Vertriebs-Gesellschaft statt. An den Reichskommissar für die Kohlenversorgung wird die Bitte gerichtet, dort, wo der öffentliche Kohlenhandel nicht in der Lage ist, die erforderlichen Kohlen zu beschaffen, mit Vorratsumstellungen an die Kohlenhändler einzugreifen.

Interpellationen. Berlin, 28. Sept. Die sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, noch zwei Interpellationen im Reichstag einzubringen. Die eine bezieht sich auf die politische Agitation

der Aldeutschen im Exere, die andere auf die Beschränkung des Vereinsrechts durch die Reichsregierung.

Auf dem Verbandstag der unteren Post- und Telegraphenbeamten wurden folgende Entschlüsse angenommen: 1. Die Reichsregierung zu ersuchen, dem vom Reichstage angenommenen Entwurf eines Gesetzes über eine zweite Ergänzung des Besoldungsgesetzes und über die Regelung der Besoldungsverhältnisse die Zustimmung zu erteilen. 2. Der Verbandstag ist beauftragt, daß infolge der durch den Krieg veränderten Verhältnisse im Anschluß an eine Verwaltungs- und Personalreform auch eine Neugestaltung der Besoldungsordnung unabweislich sein wird; er spricht daher die Erwartung aus, daß bei der Neuordnung der Personalverhältnisse dafür Sorge getragen werde, daß durch Schaffung einer entsprechenden Beamtenklasse auch für die Beschäftigten unteren Beamten der Weg zum Aufstieg in eine höhere Dienststellung freigegeben wird. 3. Der Verbandstag ist beauftragt, die Besoldungsregelungen der Reichsregierung zu prüfen und die berechtigten Interessen der geringverdienenden Beamten geltend zu machen. Die im Gegenstand der Besoldungsregelungen stehende Befolgung des Grundsatzes, daß mit der Höhe der Gehälter auch die Höhe der gewöhnlichen Teuerungszulagen zunimmt, hat bei den unteren Beamten eine tiefgehende Kritik hervorgerufen. Die unteren Beamten mit den geringsten Einkünften haben vielfach unter dem Druck der Kriegsteuerung am schwersten zu leiden. Der Verbandstag spricht die Hoffnung aus, daß unter Berücksichtigung dieser Zustände die Regierung und Volkvertretungen alsbald einen billigen Ausgleich zugunsten der unteren Beamten schaffen werden. Daraus wurde der Bericht der von dem Staatssekretär des Reichs-Postamts empfangenen Abordnung zur Überreichung einer vom Verbande ausgearbeiteten Denkschrift entgegengenommen. Es wurde berichtet, daß der Staatssekretär zugefugt habe, in eine vollständige Prüfung der ihm vorgelegten Wünsche einzutreten, und die Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, eine Vertretung des Verbandes aus jenseitig zu empfangen.

Berlin, 28. Sept. Die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen hat die landesberühmte Genehmigung für ihre neue Satzung erhalten. Es wird in derselben der Preis der zu unterstützenden Personen erheblich erweitert. Insofern soll in Ergänzung der Versorgung des Reiches allen hilfsbedürftigen Hinterbliebenen möglichst sozial fürsorgerisch zuteil werden. In dieser Richtung ist die Nationalstiftung bereits in umfangreicher Weise tätig, um Elend zu lindern, geeignete Erwerbsmöglichkeit zu ermöglichen, die Kinder in ihren Familien aufzuerhalten zu lassen und für die Kriegswaisen zu treffen. Der Beirat wird weiter ausgebaut; namentlich sollen der Reichstag und Bundesrat in ihm vertreten sein. Der Minister des Innern hat in seiner Stellvertreterung zum Vorsitzenden des Beirats den kgl. bayerischen Ministerialrat Dr. Schönerer ernannt.

Teuerungszulagen für pensionierte Beamte. Berlin, 27. Sept. Der „Staatsanzeiger“ bringt einen Ertrag, des Finanzministers betr. die Bewilligung von laufenden Kriegszulagen an Beamte im Ruhestande und an Hinterbliebenen von Beamten.

Störungen Hinderburgs. Hamburg, 29. Sept. Aus Anlaß des 70-jährigen Geburtstages Hinderburgs wurde beschlossen, diesem das Ehrenbürgerrecht der Stadt Hamburg zu verleihen. Die gemeinsame Beschlußfassung mit der Bürgerschaft erfolgt Montag in beiderer Sitzung.

Koblenz, 29. Sept. Die Stadt Koblenz ernannte Generalleutnant von Hinderburg zum Ehrenbürger.

Rußland.

Der Fall Kaledin.

St. Petersburg, 30. Sept. Nach dem „Nietne Courant“ meldet „Daily News“ aus Petersburg: Die Angelegenheit Kaledin scheint damit enden zu wollen, daß, wie von allen Seiten angegeben, es sich um ein Mißverständnis handelt. Der Zwischenfall hat zu einem engeren Zusammenhange der Kosaken beigetragen. Die Kosaken und die Pubankosaken haben die Errichtung eines russ. Kosakenbundes beschlossen. Die Kosaken aus Astrachan und Qrenburg und die Gebirgskosaken aus dem Kaukasus haben sich mit diesem Wunsch solidarisch erklärt.

Zeresschenko zurückgetreten.

St. Petersburg, 30. Sept. Meldung des Reuters Bureau. Der russische demokratische Kongress ist in St. Petersburg in Gegenwart der Regierung und mehrerer Diplomaten eröffnet worden. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Zeresschenko gab seine Entlassung. Das Kabinett ist jetzt ein rein sozialistisches.

Lenin wieder in Petersburg?

St. Petersburg, 30. Sept. Die Wälder versichern das Gerücht, daß Lenin nach Petersburg zurückgekehrt sei. Der Minister des Innern ordnet an, daß Lenin, wenn er in Petersburg entdeckt wird, verhaftet werden soll, daß die Verhaftung aber nicht im Zusammenhang der demokratischen Konferenz stattfinden dürfte.

„Mjeda“ kündigt eine Reform der revolutionären Polizei, der sogenannten Roten Garde, an. Ueber die Befestigung der Roten Garde, für die 12 000 Gewehre, eine Anzahl Maschinen- und die dazu gehörige Munition benötigt werden, wird mit einer Waffenfabrik unterhandelt.

Süd-Amerika.

Deutschland und Argentinien.

Der Pariser Temps meldet: Eine Reihe Deputierten aus Buenos Aires berichten, die Haltung der argentinischen Regierung sei weiter abwartend und unbestimmt, während die öffentliche Meinung am Abbruch mit Deutschland geneigt zu sein scheint. Viel besprochen werde ein Telegramm des argentinischen Gesandten in Berlin, in welchem dieser erklärt, die deutschen Zugeständnisse seien zu weitgehend und kategorisch wie möglich. Er fügte hinzu: „Sie können sicher sein, daß die kaiserliche Regierung ihre Versprechungen halten wird.“

Buenos Aires, 27. Sept. Sabasmedung. Heute hat auf den Straßen eine Kundgebung mit 20 000 Teilnehmern stattgefunden, welche den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland feierte. In vielen Reden wurde die Regierung um Handeln aufgefordert, und eine Abordnung überreichte der Kammer eine Adresse, welche die Zustimmung zu deren Beschlüssen ausdrückte.

Ein Ultimatum von Peru.

Die Peruanische Regierung meldet aus Lima: Peru richtete an Deutschland ein Ultimatum, in dem eine Frist von acht Tagen angesetzt wurde,

Was geschah vor einem Jahre?

1. Oktober. Neuer großer Japaneinsatz auf London. — Die große Seemacht dauert fort, zwischen Thiepval und Harcourt abgewichen. 1700 Russen gefangen.

um wegen des Verlustes der Dorton Genehmigung zu erhalten.

Lokales.

Limburg, 1. Oktober.

7. Kriegsanleihe. Die Kreisparafische Limburg zeichnete für die 7. Kriegsanleihe vorläufig eine Million Mark.

Das Eisenerz. Dem Weiden Hans Deun, 3. St. auf dem räumlichen Kriegsschiff, Sohn des Herrn Weidenmeisters, wurde von hier, wurde für bewiesene Tapferkeit im Felde das Eisenerz 2. Klasse verliehen. Genannt, bei Kriegsausbruch Unterprimar des hiesigen Gymnasiums, trat sofort nach der Mobilmachung als Kriegsfreiwilliger bei der Feldartillerie ein.

Wenig Kartoffeln — wenige Leiharbeiter. Ähnlich wird mitgeteilt: Entsprechend den Grundbesitz des Kriegsernährungsamts, die Nationen der öffentlich verteilten Lebensmittel als Gesamtheit zu betrachten und in sich so auszugleichen, daß die Gesamterzeugung mit rationierten Waren im ganzen neuen Wirtschaftsjahre möglichst gleichmäßig durchgehalten werden kann. In den nächsten Monaten, in denen die Kartoffelernte am sichersten ist, die Kartoffeln auch den höchsten Nährwert haben und die Ernährungsernährung in vollem Umfang einlegt, werden deshalb Nährmittel, wie Graupen, Leiharbeiter und dergl. entsprechend weniger verteilt werden. Hierdurch werden größere Bestände angesammelt, die in den kalteren Wintermonaten u. im Frühjahr, in denen die Ernährungsernährung schwerer ist als im Herbst, die Verteilung erheblich größerer Nährmittelrationen als im Vorjahre ermöglichen. Auch in den nächsten Monaten werden jedoch zur Versorgung der Kranken und Kinder sowie zur Aufrechterhaltung der Massenversorgung, im geringeren Maße auch zum allgemeinen Verbrauch, Nährmittel verteilt werden.

Keine Erhöhung der Viehpreise. Ähnlich wird bekannt gegeben: Es treten immer wieder Gerüchte auf, wonach mit einer Erhöhung der Schweinepreise über den Höchstpreis der Verordnung vom 1. April 1917 hinaus oder mit einer Erhöhung der Rinderpreise für besonders fette Rinder gerechnet werden könnte. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß nach der Entscheidung des Kriegsernährungsamts (siehe Verordnung vom 10. September 1917) Mastfütter in Form von Hafer, Gerste oder Getreide an Schweine zu verfüttern verboten ist und daß auch für Schlachtrinder eine Mast mit Körnerfuttermitteln nicht in Frage kommt. Sodann kann mit zulässigen Mitteln nach Aufheben der Weide die Erzielung sogenannter Fettträger mit besonders hohen Gewichten nicht mehr erreicht werden. Es ist deshalb ausgeschlossen, daß die Viehpreise für besonders fette Tiere nach oben erhöht werden. Die Rinderpreise sollen weiter nach oben nach unten geändert werden; die Schweinepreise liegen bis 30. November nach der Verordnung vom 15. September 1917 fest und zwar mit einem einheitlichen Höchstpreis, der die obere Grenze für alle Gewichtsklassen bildet. Jede Erhöhung kommt auch nach Ablauf dieser Zeit nicht in Frage.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterien. Die Erneuerung der Lose zur 4. Klasse 10. (234.) Lotterie muß unter Vorlage der Einlösung der Lose 3. Klasse bei Verlust des Anrechtes spätestens bis Mittwoch, den 3. Oktober, abends 6 Uhr erfolgen. Auch müssen die Freilosse zur 4. Klasse unter Rückgabe der Gewinnlose 3. Klasse bis zum vorerwähnten Termine eingefordert sein.

Schiffsjungen-Einstellung in der kaiserlichen Marine. Wie nicht allgemein bekannt sein dürfte, findet vom Oktober bis November d. J. wieder die Einstellung einer größeren Anzahl Schiffsjungen statt. Die Bezirkskommandos nehmen bis auf weiteres Anmeldungen entgegen. Alles wünschenswert über die verschiedenen Laufbahnen, Verbesserungen, Beförderungen u. Gehälter u. s. w. ist dem Best. „Von Schiffsjungen zum Deckoffizier“, welches nur vom Kommando der Schiffsjungenabteilung in Flensburg-Mürwik zum Preise von 25 Pfg. zu beziehen ist, enthalten. Die Überwindung des Betrages von 25 Pfg. muß als Postanweisung erfolgen. Briefmarken oder Kriegsgeldscheine können nicht mehr angenommen werden. Lehrlinge, welche durch Lehrentzug gebunden sind, können nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung ihres Lehrherrn die Annahme beim Bezirkskommando anbringen. Junge Leute, welche das 17. Lebensjahr überschritten haben, oder bis Oktober einjährig vollenden, müssen entweder selbst oder durch das zuständige Bezirkskommando die Genehmigung des stellv. Generalkommandos des für sie zuständigen Armeekorps einholen.

Ruhrerkrankungen. Im Hinblick auf die Angelegenheit der Ruhrerkrankungen ist daran zu erinnern, daß nur wirkliche Ruhrerkrankungen meldepflichtig sind, nicht aber Verdachtsfälle. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß in erster Linie alle schweren und mit blutigen Stühlen einhergehende Fälle gemeldet werden müssen, gleichgültig, ob ein bakteriologischer Befund vorliegt oder nicht, ferner alle durch den Ruhr-Erreger hervorgerufenen Erkrankungen, auch wenn sie noch so leicht sind. In den Tageszeitungen sind für die Bevölkerung im Hinblick auf die Ruhrerkrankungen Ratsschlüsse veröffentlicht worden, denen noch hinzuzufügen wäre, daß vor jedem Verlassen des Abortes und vor jeder Mahlzeit gründliches Händewaschen zu empfehlen ist. Größerer Salat muß sorgfältig abgekühlt werden; sein Genuß ist soweit möglich einzuschränken. Die Fliegenplage ist möglichst zu bekämpfen, weil die Fliegen im hohen Maße bei der Übertragung der Ruhrkeime in Betracht kommen. Aus unsauberen und fliegenreichen Geschäften soll Obst und Gemüse möglichst nicht bezogen werden. Bei Durchfällen ist möglichst sofort ein Arzt zuzuziehen. Der Kranke ist abzulagern, und die Abgänge sind zu desinfizieren. Als Desinfektionsmittel für die Stühle kommt Kalium in Betracht und zur Desinfektion der Hände eine dreiprozentige Lösung von Kaliumpermanganat. Bei jedem schweren Falle ist Verbringung ins Krankenhaus dringend zu empfehlen.

Die Ausgabe der Reichsteile.
Zur 7. Kriegsanleihe.
Ein guter Erfolg der 7. Kriegsanleihe wird das Ziel des Krieges beschleunigen, weil er vor aller Zeit den Erweis unserer ungetrübten wirtschaftlichen Kraft und unserer unbegrenzten Siegesgewissheit erbringt u. dadurch die Hoffnung unserer Gegner auf die Unerreichbarkeit, Schwäche u. Verzweiflung des deutschen Volkes zuwanden macht. Ein solches Ergebnis der Kriegsanleihe würde die Hoffnung neu beleben und so den Krieg verlängern. Darum wird jeder einsichtige Patriot und Friedensfreund die Kriegsanleihe in Wort und Tat fördern.

Provinzielles.
Die 30. Sept. Schwere Opfer fordert der Krieg von der Familie Kommerzienrat Wilhelm Schäfer. Von 5 Söhnen, die des Kaisers Hosen tragen, erlitten drei, Hans, Gerhard u. Herbert den Feindtod.
11. Okt. 30. Sept. Dem Oberarzt A. Hepp am hier, Sanitätsrat in einem Inf.-Regt. wurde das „Heldische Sanitätskreuz“ verliehen.
1. Niederhadamar, 30. Sept. Dem Gefr. Wilh. Lang Sohn der Witwe Peter Jung von hier, wurde für besondere Tapferkeit vor dem Feinde in den heißen Kämpfen bei Blandern das Eisene Kreuz 2. Klasse verliehen.
2. Hadamar, 30. Sept. Dem Unteroffizier Karl Kaiser, Sohn des Kaufmanns Karl Kaiser von hier, (jetzt Freiendenz) wurde auf dem westlichen Kriegsschauplatz das Eisene Kreuz 2. Klasse verliehen.
3. Nibbach, 30. Sept. Der Gefreite Josef Ludwig, Sohn des Maurer Johann Ludwig hier, erhielt in den heißen Kämpfen bei Riga das Eisene Kreuz 2. Klasse. Zur Zeit liegt er schwer erkrankt im Lazarett. — Diefelbe Auszeichnung wurde seinem älteren Bruder bereits im vorigen Jahr zu Teil. Letzterer gilt seit August 1916 als vermisst.
4. Perod, 30. Sept. Der Gerichtssekretär Paul Thome, sowie der Referent Wilh. Kroschus wurden mit dem Eisernen Kreuze 2. Klasse für tapferes Verhalten vor dem Feinde auf dem westlichen Kriegsschauplatz ausgezeichnet.
5. Wadernbach, 30. Sept. Wilhelm Balten, Sohn des Försters Wilh. Balten, erlegte am Montagabend innerhalb einer Minute zwei Wildschweine, nachdem er einige Zeit vorher bereits einen Hirsch im Gewichte von 2-3 Zentner zur Strecke gebracht hatte.
6. Salz, 30. Sept. Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe ist dem Herrn Lehrer Teufen von hier verliehen worden.
7. Werth, 30. Sept. Dem Unteroffizier und Sanitätskommandeur Adam Walz, Sohn des verstorbenen Bürgermeisters Adam von hier, wurde die treue Blückerfüllung bei den schweren Kämpfen bei Danaburg das Eisene Kreuz 2. Klasse verliehen.
8. Hagenburg, 30. Sept. Das alte und weitbekannte und wegen seiner historischen Bedeutung unter Denkmalschutz stehende „Hotel zur Krone“ in Hagenburg, dessen Verwirtschaltung infolge Todesfalls des Vorbesizers Herrn Max Emmel längere Zeit ruhte, ist wieder eröffnet worden. Der neue Besitzer Hr. Hermann Kroschus aus Oliva b. Danzig, dem der Kauf eines solchen Hoteliers vorangeht, wird es sich aneignen sein lassen, das Haus, in welchem im Laufe der Zeit schon tausende Wanderer und Geschäftsleute, hohe und höchste Beamte und Persönlichkeiten erquickliche Einfuhr gehalten, durch aufmerksame Bedienung den allerbesteren Auf des Hotels zu erhalten und ihn in immer weiteren Kreisen bekannt zu machen.
9. Aus Rastau, 30. Sept. Der Viehhändlerverband gibt bekannt: Unsere Bekanntmachung vom 1. September 1917 (§ 3) wird dahin abgeändert, daß bis zum 30. November 1917 einschließlich beim Verkaufe von Schlachtkühen und beim Verkauf von Schweinen im Gewicht über 15 Kilogramm der Preis 79 M für 50 Kilogramm Lebendgewicht im Kreise Viedendorf 78 M für 50 Kilogramm Lebendgewicht nicht übersteigen darf. Die erhöhten Preise werden auf den Ankaufsmitteln, erstmalig bei der Viehhandlung ab 1. Oktober bezahlt.
10. Winkels, 30. Sept. Der Sohn Wilhelm Eder aus Winkels, der jüngste Sohn des Herrn Johann Eder, wurde mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse vor dem Feinde ausgezeichnet.
11. Niederhadamar, 30. Sept. In der Nacht zum Samstag haben Diebe in den Fabrikräumen des Maschinenfabrikbetriebes an der Koblenerstraße sämtliche Treibriemen im Werte von etwa 3000 Mark gestohlen.
12. Königstein, 29. Sept. Die Versteigerungen der Edelkalkantennente bringen in den Kaufmannspreisen, die ins Ungemessene gehen. So versteigerte der Radbort Schneiderhain eine diesjährige Ernte für den ungleichen Preis von 1100 M, während sie sonst höchstens 80 Mark ergiebt. Das sind 1500 Prozent mehr denn Bedarf! — Wer soll bei solchen Preisen diese Antennen „aus dem Feuer“ der Spekulationen hohlen?

Kirchliches.
X. Mariental, 30. Sept. Am Donnerstag, den 1. Oktober Fest des hl. Vaters Franziskus. 10 Uhr Predigt, dann Reitenamt. 2 Uhr Versammlung des 3. Ordens mit Predigt und Andacht. Nach der Andacht Verehrung der hl. Reliquie. Freitag, den 2. Oktober. Erster Freitag des Monats. Von 6 Uhr ab Auslegung des Allerbischofs. 10 Uhr Amt. In Zukunft ist das Amt nicht mehr um 9 Uhr sondern 10 Uhr. Nach dem Amt Versammlung. 2 Uhr Schlußandacht.
Y. Vornhofen, 30. Sept. In der Gnadenkirche in Vornhofen wird am nächsten Donnerstag, den 1. Oktober das Fest des hl. Ioseph, Vaters Franziskus feierlichst begangen. Zu dieser Feier wird hiermit die Lektoren von nach und fern herzlich eingeladen. Die Gottesdienstordnung ist folgende: Am Vorabend — Mittwoch, den 2. Oktober, ist um 7 Uhr Predigt mit Andacht und Sakrament. Segen. Am Festtage sind von 6-8 Uhr hl. Messen. Um 10 Uhr ist Festpredigt und darauf feierliches Amt. Nachmittags

2 Uhr Predigt für die Leutnanten, nach Erteilung des päpstlichen Segens mit Andacht zu Ehren des hl. Franziskus und Sakrament. Segen.
* Köln, 27. Sept. Das Erzbischöfliche Generalvikariat schreibt in Nr. 21 des Kirch. Anz.: Es ist darauf hingewiesen worden, daß es im vaterländischen Interesse wie zum Vorteil der Kirchengemeinden selbst angezeigt ist, die für eingezogene Kirchenglieder erhaltenen Entschädigungssummen zur Zeichnung der bevorstehenden nächsten Kriegsanleihe zu benutzen. Wir gestatten den Kirchenvorständen gerne, die von der Militärverwaltung erhaltenen Entschädigungsgelder in nächster Kriegsanleihe anzulegen.

Letzte Nachrichten.
Neue Tauchboot-Resultate:
25 000 Gr.-P.-T.
20. Berlin, 30. Sept. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 25 000 Gr.-P.-Tonnen versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich ein mittelgroßer Landdampfer sowie der englische Segler „Agricole“, der Kohlen für Frankreich an Bord hatte. Einer der versenkten Dampfer hatte Eisen, Papier und Baumwolle für Frankreich, ein großer vernichteter Segler von über 1300 Tonnen aufscheinend Parafinöl geladen. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Zu Hindenburgs Geburtstag.
20. Berlin, 1. Okt. Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt: Morgen, Dienstag, werden die Helden der gesamten Welt, auch der feindlichen, auf unser Großes Hauptquartier gerichtet sein, wo der Kaiser den Geburtstag unseres Nationalhelden im Kreise seiner Mitarbeiter feiern wird. Deutschland könne dem Mann, dem morgen unsere Herzen in Dankbarkeit und Bewunderung schlagen, nur ein wertvolles Geburtstagsgeschenk geben: die unerschütterliche Einigkeit und Treue zu Kaiser und Reich!

Die finnische Landtag versiegelt.
20. Helsinki, 30. Sept. Meldung der Petersburger Telegraphenagentur: Der Generalgouverneur Refrassio befahl, die Akten des Landtages zu versiegeln, und ließ einen Anschlag anheften, in dem es heißt: Der bisherige Präsident des aufgelösten Landtags forderte die bisherigen Mitglieder auf, sich am 28. September zur Fortsetzung der Sitzungen zu versammeln. Zum Schutze der Rechte des finnischen Volkes, das in drei Tagen geklärt werden soll, habe ich die Anweisung gegeben, die Versammlung des Landtages zu versiegeln.

Die erbrochenen Siegel.
Petersburg, 29. Sept. (WB.) Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Helsinki: Nach Abnahme der (vom russischen Generalgouverneur angelegten) Siegel von den Akten zum Sitzungsprotokoll des Landtages durch den Landtagspräsidenten hielten 80 sozialdemokratische Landtagsabgeordnete eine 1 1/2 stündige Sitzung, in welcher die Geheimschreiber über den achtstündigen Arbeitstag, die gesetzliche Gleichberechtigung der Juden, die Ausübung der Staatsbürgerrechte durch den Landtag und die Verantwortlichkeit des Senats vor dem Landtag angenommen wurden. Das Zentrum und die Rechte nahmen an der Sitzung nicht teil.

Stellungsvers, 29. Sept. (WB.) Einer amtlichen Mitteilung zufolge hat der Generalgouverneur von Helsinki, der Präsidenten und die Mitglieder des Landtages, die mit Gewalt in den aufgelösten Landtag eingedrungen sind und dort eine Sitzung abgehalten haben, gerichtlich zu verfolgen.

Die Pariser Konferenz.
Lugano, 30. Sept. „Corriere della Sera“ meldet aus Rom: An der bevorstehenden Pariser Konferenz werden trotz ihres vorwiegend militärischen Charakters wahrscheinlich auch die Minister des Auswärtigen der Verbündeten teilnehmen.

Von der Westfront.
20. Berlin, 30. Sept. Während in Flandern an der Hauptkampffront die Stärke des Artilleriekampfes, demnächst nachgelassen hatte, lebte das Feuer nachmittags wieder auf und nahm gegen Abend große Stärke an. In der Nacht gegen mehrfach starke englische Patrouillen in der Gegend von Combercy, Vange, Juncourt, Juncourt vor. Es wurden im Sandgrabenkampf sehr viele Gefangene. Unsere Artillerie, die die Fortsetzung feindlicher Batterien und Anlagen mit großem Erfolg fort, während unsere Bombengeschwader nach 13 Kanonen und 1000 Bomben in der Gegend von Combercy, Juncourt, Juncourt vor. Es wurden im Sandgrabenkampf sehr viele Gefangene. Unsere Artillerie, die die Fortsetzung feindlicher Batterien und Anlagen mit großem Erfolg fort, während unsere Bombengeschwader nach 13 Kanonen und 1000 Bomben in der Gegend von Combercy, Juncourt, Juncourt vor.

Das Echo der Kämpfe.
Amsterdam, 30. Sept. (WB.) Die meisten Blätter Hollands sind über die Rede des Reichskanzlers und des Staatssekretärs Kühlmann in der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages entsetzt. „Nieuwe Courant“ schreibt: Schon Kautskys Rede habe die offene Tür wieder ein Stückchen zurückgeworfen. Die Weigerung des Reichskanzlers, die deutschen Kriegsziele genauer anzugeben, habe sie vorläufig wieder geschlossen, denn von der Seite der Entente habe man mehrmals zu hören bekommen, daß man nur auf unambigüose Vorschläge Deutschlands eingehen könne. Das Blatt glaubt nicht, daß eine offene Erklärung über Belangen die Interessen Deutschlands denachteiligt hätte, sondern ist im Gegenteil der Ansicht, daß die Stellung Deutschlands dadurch sich moralisch gebessert hätte.

Der „Maasbode“ schreibt, die Reden seien für Holland eine Enttäuschung. Von einer positiven Annäherung zwischen den feindlichen Parteien, auf die man gehofft habe, könne keine Rede sein. Die Erklärungen des Reichskanzlers hätten in der Friedensfrage zwar nichts zurückgeworfen, bedeuten aber auch keinen Schritt nach vornwärts auf dem Wege zum Frieden.

Der neue Oberlandesgerichtspräsident in Frankfurt a. M.
Danzig, 30. Sept. (WB.) Landesgerichtspräsident Schwarz ist als Oberlandesgerichtspräsident nach Frankfurt a. M. berufen worden. Er tritt sein neues Amt am 1. Oktober an. Schwarz war auf dem Danziger Posten seit 1. 1. 1910.

Die Antwort an den Papst.
Lugano, 1. Okt. Nach einer Meldung des „Popolo d'Italia“ hat der Vatikan die Antworten der Mittelmächte im Wortlaut den Verbändsmächten mitgeteilt, daß sie sich dazu äußern.

Russische Kommentare.
Stockholm, 1. Okt. Die bisher vorliegende Petersburger Blätter beschäftigen sich eingehend mit der deutschen Antwort auf die Papstnote. Wie auf Veranlassung der Blätter in ihrer redaktionellen Kritik den Frieden als unannehmbar, solange es sich um einen Frieden auf Kosten Russlands handele.

Ueber das gefährliche Experimentieren und Mitteln an der Reichsverfassung.
Berlin, 27. Sept. (WB.) In dem Verfassungsausschuss des Reichstages erklärte Ministerialdirektor Dr. Lemaire, der Bundesrat habe von der Frage der Beilegung des Artikels 9 Satz 2 der V. B. noch nicht Stellung genommen. Er empfehle, neben der von dem Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei angeführten Literatur auch die kürzlich erschienene Schrift des Professors Dr. Kaufmann in Berlin: „Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung“ zu berücksichtigen, der der Artikel 9 Satz 2 für eine der wichtigsten Bestimmungen unserer Grundgesetz erkläre. Auch er glaube, daß die Streichung der Bestimmung eine glatte Veränderung der Verfassung sei ihrem Wesen nach. Sollte diese Ansicht, so könne die Entwicklung dahin führen, daß der Bundesrat künftig nur noch eine Projektion des Reichstages sei, ähnlich wie der Bundesrat in den kleinen Reichstagen darstelle. Trete diese ein, dann sei die Bestimmung der Verfassung, daß die Reichsgesetze durch den Bundesrat und den Reichstag ausgearbeitet werden, bedeutungslos und das Reich werde allein durch eine Kammer, den Reichstag, gelenkt. Der Bundesrat, der eine Zusammenfassung des Willens von 25 Staaten darstelle, könne mit der Regierung eines Einheitsstaates nicht verglichen werden. Auch in der Schweiz könne ein Mitglied des Bundesrats nicht dem Stände- oder Nationalrat angehören. Entsprechende Bestimmungen bezüglich der Unvereinbarkeit seiner Stellung als Senator und als Abgeordneter beständen in den Vereinigten Staaten. Der Bundesratsbevollmächtigte könne nach den Instruktionen seiner Regierung. Artikel 29 der Verfassung schreibe aber für die Mitglieder des Reichstages ausdrücklich vor, daß sie an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden seien. Wenn geäußert worden sei, die Stellung des Staatssekretärs müßte eine andere werden; sie müßte unabhängig von der Instruktion der preussischen Regierung werden, so sei dieser Wunsch im Rahmen der Verfassung erfüllbar. Jeder Bundesratsbevollmächtigte könne nur so abstimmen, wie er von seiner Regierung instruiert sei. Man müsse sich klar machen, daß aus der föderalistischen Grundlage des Reiches wichtige und bedeutsame Rechte der Einzelstaaten folgten. Vielleicht könne es vorkommen, daß die Abschaffung des Artikels 9 Satz 2 eine unmittelbare praktische Bedeutung. In Wahrheit handele es sich aber um die Umfassung der gegenwärtigen Verfassungsumstände zu Gunsten eines neuen. Es müsse fraglich erscheinen, ob alle die, die jetzt für eine Änderung seien, sich auch dieser Neugestaltung bewußt seien und sie herbeizuführen wünschten.

Das Rätsel an Bismarcks Erbe.
Berlin, 27. Sept. (WB.) Der Verfassungsausschuss mit großer Mehrheit beschloß, an der Fortsetzung des Entwurfs der Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten an der Streichung des Schlüsselsatzes in Artikel 9 der Reichsverfassung, wonach niemand zugleich Mitglied des Bundesrats und des Reichstages sein kann. Für den Antrag stimmten geschlossen die Antragsteller, die Polen und ein Zentrumabgeordneter. Der Abstimmung enthielt sich ein Zentrumabgeordneter. Darauf verlas sich der Verfassungsausschuss bis zum 3. Oktober mit der Tagesordnung: Mitwirkung des Reichstages beim Friedensschluß.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat mit großer Mehrheit beschlossen, an der Fortsetzung der Aufhebung des Artikels der Reichsverfassung, der die gleichzeitige Zugehörigkeit zum Reichstag und zum Bundesrat ausschließt, festzuhalten. Demgemäß sind in den Verfassungsausschuss an Stelle der Abgeordneten Ritz und Schiffer die Abgeordneten Bollert und Freyher v. Richthofen entsandt worden.

überall einen sehr starken, ja vorzüglichen Eindruck gemacht hat, seien einige Hauptgedanken hier kurz zusammengefaßt:

Wie immer auch das unmittelbare Ergebnis des päpstlichen Friedensschrittes sich gestalten möge, doch eine Rede ist nicht an sich zu sagen: daß die mutigen Initiativen des Papstes, der, auf hohen Barde stehend, getreut auf die ehrenwürdige Tradition eines mehr als tausendjährigen Priesteramtes, besonders zum Willen des Papstes, einen Auschnitt in der Geschichte dieses ungeheuren Kaiserreiches bedeuten und als unerschütterliches Fundament in den Annalen der päpstlichen Diplomatie erscheinen wird. Es war eine Tat, daß der Papst das Wort vom Frieden in das Weltall eines Kampfes geworfen hat, der, durch Europa in eine kühnste Trümmerschlucht zu verwandeln, gerade das deutsche Volk und die deutsche Regierung, denen das Bewußtsein ihrer Größe und inneren Sicherheit es immer leicht gemacht hat, ihre Verantwortlichkeit zu einem erhabenen Frieden zu betonen, haben allen Grund, die Initiative der Kurie dankbar zu begrüßen, die es ihnen ermöglicht hat, die nationale deutsche Politik auf neue in unabweisbarer Weise darzulegen. Ich sage mit Unrecht „nationalen Politik“, denn ich hoffe und glaube, daß die deutsche Antimilitarität ihrer Entstehung und ihrem Inhalt nach den Willen der überlebenden Weisheit der Deutschen verkörpert. Nicht nur international ist die Papstnote ein bedeutendes Dokument, auch für unsere rein deutsche Entwicklung bedeutet sie einen Meilenstein. Sie ist doch das erste Ergebnis eines Zusammenwirkens zwischen allen Kräften der Regierung und den Vertretern des deutschen Parlamentes, das hier zum erstenmal versucht worden ist. In solcher Intimität ist das Zusammenarbeiten, wenn mein Gedächtnis mich nicht trügt, selbst in rein parlamentarischen Räumen niemals versucht worden.

Im Auslande wird häufig mit der Rede operiert, es gäbe in Deutschland eine Politik der Regierung und eine Politik des Volkes. Dies ist heute ganz bestimmt eine Legende, und nicht kann diese Legende gründlicher gelöst werden, als wenn auch Sie, meine Herren, sich geschlossen der in unserer Antwort an Seine Heiligkeit niedergelegten Politik anschließen. Auch die wichtigsten Bestimmungen, als beizubehalten im Falle der Regierung selbst weit auseinandergehende Auffassungen, es zeigten sich Divergenzen unter den feindlichen Kräften selbst aber zwischen der Reichsleitung und den genialen Führern, denen wir nächst Gottes Hilfe verdanken, daß Deutschland da steht, wo es heute steht, diese Auseinandersetzungen sollen der notwendigen Klarheit preisgegeben sein. Alle diese Stellen arbeiten täglich und stündlich in voller Harmonie aufs engste zusammen. Bei der Vertikalisierung, die wir aus schwerwiegenden Gründen für die Verhandlungen des Siebener-Ausschusses festgesetzt haben, kann ich auf Einzelheiten nicht eingehen, halte es aber doch für wertvoll, festzustellen, daß die Grundlagen der deutschen Antimilitarität, so wie sie von der Regierung vorgelegt worden sind, den Vertretern aller Parteien annehmbar erschienen. Der Papst verurteilt den Frieden auf Erden. Doch auch heute noch gilt das Wort: Der Friede denen, die guten Willens sind! Der höchste Grundgedanke der deutschen Nation war, dem Heiligen Vater beistehen zu sein, diejenige Atmosphäre zu schaffen, welche über dem Völkern trennenden Streitigkeiten unbedingt nötig ist. Solange unsere Gegner von dem Wohne ausgehen — die Krieger unter ihnen wissen, daß es nicht ist —, es könnte ein Augenblick kommen, in dem das deutsche Volk in End und Weite ruhe, ruhmig an die Brust schlagen, unter das laubbedeckte Joch verächtlicher Horden und Krieger. Wir führen einen gerechten Krieg, und so lange Deutschland einig bleibt, kann es nicht geschehen werden.

In der Diskussion, die später stattfand, führte der Abg. Herold (Zentrum) folgendes aus:

Die Antwort auf die Papstnote ist eines der bedeutendsten Dokumente des Friedens. Sie zeigt die Einheit der politischen Gewalten untereinander u. mit der Obersten Herrschaft. Die Zustimmung des Siebener-Ausschusses als eines Teiles der Volksgewalt ist gleichfalls bedeutend. In Einzelheiten mag die Regierung frei und behalten, und wir sind gleichfalls damit einverstanden, daß die Antimilitarität sich des Eingehens auf Einzelheiten enthält. Die Beantwortung auf die Papstnote liegt jedem genug. Der Bürgerkrieg auf politischem Gebiet hat ja nachgewiesen, es wäre besser gewesen, ihn weiter aufrechtzuerhalten, damit das Volk weiß, was es kämpft. Allgemein sollte die Antimilitarität als Grundlage genommen werden, auf maßvolle Friedensziele könnten sich alle einigen u. sollten es tun.

Koste (H.) bringt die oft wiederholte Auffassung seiner Partei zum Ausdruck, insbesondere betont er, daß die Frage des Abzuges im Sinne der Forderungen des Abzuges und Abzuges für Deutschland ganz indiskutabel ist. Er spricht seine Freude darüber aus, daß die Antwort auf die Papstnote sich unbedingt auf den Boden der Reichstagsentscheidung vom 10. Juli stellt.

Der Fall Lugano.
Zum Schluß der Sitzung wurden noch verschiedene Fragen angesprochen. Staatssekretär v. Kühlmann erklärte hierzu: Sobald durch die Publikation der amerikanischen Regierung die Depeschen des Grafen Lugano bekannt werden, sind die nötigen Schritte zu ergreifen. Er wird sich hier zu verantworten haben. Dem argentinischen Gesandten hat das Auswärtige Amt unverholen ausgesprochen, daß die Haltung der Regierung unseres Gesandten in Lugano und daß der Inhalt keinen Einfluß auf die Entscheidung u. Verurteilung der deutschen Regierung gehabt hätten. Die befriedigende Regelung des Zwischenfalles sei der amerikanischen Regierung recht unangenehm gewesen. Daher habe sie zur Veröffentlichung der Telegramme gezwungen, um das Verhältnis zwischen uns und Argentinien von neuem zu klären. Die Lage in Argentinien sei jetzt doppelt schwer zu übersehen, wo wir keinen Gesandten mehr dort haben und auf die Meldungen der feindlichen Nachrichtenbureau angewiesen sind. Die

Beziehungen zu Spanien.
find in den Grundzügen gut, wie dies den Mitgliedern der Kammer und der Reichstagsfraktion für Spanien und die Schweizer, die sich aus dem U-Bootkrieg ergeben, besonders groß. Die Ausnahmefälle sind nicht immer leicht. Es besteht aus spanischer Seite Wünsche, die wir nicht immer erfüllen können, so viel wir auch wünschen, dem spanischen Volk entgegenzukommen. Bisher jedoch ist stets ein Weg gefunden worden, der für beide Völker erträglich war.

Der Staatssekretär ging dann in sehr herzlichen Worten auf die Forderung und Liebestätigkeit der Spanier ein, auf die Arbeit ihrer Ambulanz in Orléans, die Aufnahme der deutschen Kinder, den Austausch und die Unterbringung von Kriegsgefangenen. Alles dies sei uns höher anzuerkennen, als Holland unter der wirtschaftlichen Blockade der Entente erheben ließe. Ueber ein kommerzielles Abkommen, das im wesentlichen den Holländern Rohstoffe und uns Vorrechte auf dem Gebiet des Kreditwesens geben soll, werde noch verhandelt. Eine volle Einigung sei noch nicht erzielt, doch läßt der auf beiden Seiten vorhandene gute Wille hoffen, daß man zum Abschluß kommen wird. Die unerfreuliche Wirkung der amerikanischen Publikation in Schweden wird, wie der Staatssekretär anmerkt, überwunden werden können. Ueber die inneren Folgen der Wahlen sei noch kein klares Bild zu gewinnen, doch wird an der fortgesetzten Haltung Schwedens durch ihren Ausfall nichts geändert. — Staatssekretär Dr. Helfferich gab vertraulich Auskunft über unsere Handelsbeziehungen zu Dänemark.

Staatssekretär v. Kühlmann über die päpstliche Vermittlung.

Aus der langen geistvollen Darlegung des neuen Staatssekretärs für das Auswärtige, die

Verantwortl. für die Angelegen. J. D. Ober, Danzig.

1. Com
 2. Wan
 3. Naß
 auch
 Nr.
 De
 Neue
 1839.
 (Amlich.)
 Wef
 Heere
 In 8
 Kiste un
 hart; er
 Engli
 Zeit im
 recheblich
 bederten
 Ofter.
 Länge
 in der G
 trils in
 aus Gef
 Bor
 nügigen
 Unfer
 Kriegen
 aus W
 wten die
 lere Flu
 blreich
 fchep.
 14 fe
 ha wor
 Pentz
 B., Ob
 De
 Die
 Drei
 wen Ab
 Heutes
 Kein
 1839.
 bern un
 freit und
 fante:
 Im
 1839.
 bari:
 De
 Wich
 31
 An t
 Infante
 fliche bu
 um Klein
 Bereich
 fchon d
 deren
 1839.
 Aus d
 Off
 abends,
 nit fied
 feindlich
 und Kp
 Tages
 Wafros
 gefpüß
 des Kr
 futter
 ren hat
 können.
 1839.
 Rün
 Ing ift
 er bis
 1839.
 borste
 fel, in
 fönlich
 Volkst
 ingeri
 higen
 ben m